

# Bundeshuus-Wösch

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **110 (1984)**

Heft 6

PDF erstellt am: **20.05.2024**

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Die hohe Regierung hat sich entschieden: sie will einen «Monsieur Prix» oder – wenn's beliebt – auch eine «Madame Prix». So will es der Souverän, so wollen es die Konsumentinnen, kurz, so will es das Schweizer Volk in seiner Nostalgie nach den Preisvätern Schürmann und Schlumpf aus den siebziger Jahren. Und wenn man unserer Politik vorwirft, es fehle ihr heute aber auch jede Spur Utopie, so ist sie hier zu finden. In diesem Supermann oder Superfrau, die da die grossmächtigen Kartelle und kartellähnlichen Organisationen ständig auf dem Röntgenschirm hat, durchschaut und durchleuchtet, um jede Preisabsprache weiss, jedes Unternehmen auf Herz und Nieren kennt und immer genau weiss, wann der Preis einer Ware oder einer Dienstleistung nicht mit den Kosten wie den Marktverhältnissen übereinstimmt, und die schliesslich genau im richtigen Moment den Bannstrahl schleudert und damit Preisgerechtigkeit schafft. Jedes Volk hat seine typischen Wunderfiguren: hier sind es Könige und Prinzessinnen, dort gott erleuchtete Ayatollahs, von Irrtum gefeite übertapfere Generalissimi oder von Lenin inspirierte Diktatoren. Die Schweiz wird auf ihren allwissenden und gottähnlichen Vater der Preise oder auf eine Mutter Helvetia mit der Preiswaage in der Hand schwören.



Da wurde also das alt/neue Regierungsprogramm aufgetischt, wie gewohnt, und der Presse mundgerecht vorge tragen. Alle waren sie da, die vom Fernsehen, vom Radio und der Federzunft, und harrten da der Ansprachen, die da kommen sollten. Bundespräsident Léon Schlumpf dirigierte die Pressekonferenz eigenhändig und gewandt. Er vergass auch nicht zu bestätigen, dass die Regierungsrichtlinien mit oder ohne sozialistische Anwesenheit im Bundesrat gültig seien. Dass er es ernst meinte, unterstrich er flugs mit einem wunderbaren Lapsus, indem er Finanzminister Otto Stich das Wort mit folgender Anrede gab: «Und nun wird Ihnen Regierungsrat Stich den Finanzplan erklären ... ääh ... Bundesrat Stich natürlich.» Des einen «Freud», des andern Leid, könnte man sagen.



Einer, der einem Leid tun könnte, ist Aussenminister Pierre Aubert. Ein ganzes Jahr lang war er an seinen Schreib tisch gebunden (mit wenigen Ausnahmen), weil in Gottes Namen ein Bundespräsident so wenig wie möglich auf Reisen gehen darf. Das Präsidialjahr ist vorüber, aber das heisst noch lange nicht, dass der Aussenminister sich wieder die weite Welt



## Bundeshuus-Wösch

anschauen dürfte. Warum? Er kann doch keine Einladungen annehmen, solange er nicht weiss, ob ihn seine lieben Genossen im Amt lassen oder sich der totalen Opposition verschreiben wollen. Paradox: die

Sozialisten drängen seit Jahren auf eine aktivere Aussenpolitik, und gleichzeitig stützen sie ihrem Minister die Flügel, aus «weltanschaulichen Gründen». Ja, Bundesrat werden ist nicht schwer, aber es bleiben sehr ...



Zurzeit sind die diversen Abteilungen der sieben Departemente daran, zuhanden der Landesregierung ihren Abschnitten des bundesrätlichen Geschäftsberichtes pro 1983 den letzten Schliff zu geben. Über den Eifer und den Ernst, womit diese Rechenschaftsberichte erarbeitet werden, und über die Seriosität, mit der die parlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen und hernach die beiden Räte diese Rechenschaftsablagen überprüfen, macht sich Lisette jeweils durch Vergleiche ein Bild: sie verfolgt, was über mehrere Jahre hinweg in den Geschäftsberichten zum selben hängigen Problem rapportiert wird. Ein Beispiel: 1972 hat der Genfer Nationalrat Fontanet eine Motion betr. die Neuregelung der Verjährungsfristen begründet, welche die beiden Räte als Postulat an den Bundesrat weiterleiteten. Nachdem man das Problem über drei Jahre lang durch Schubladenschlaf etwas ent-aktualisiert hatte, wurde von der Regierung über den «Stand der Dinge» in den folgenden Jahren wie folgt Auskunft gegeben:

**Geschäftsbericht 1976**, Seite 156: «Sobald es personell und finanziell möglich ist, sollen die aufgeworfenen Fragen durch einen Experten oder eine Expertenkommission geprüft werden.» (Mit andern Worten: man hatte bis 1976 noch keinen Aspekt der Frage geprüft, man nahm nur in Aussicht, je nach Lust [der Beamten] und Laune [des Bundeskassiers] irgend einmal irgend jemanden das Problem prüfen zu lassen.)

**Geschäftsbericht 1977**, Seite 141: «Verwaltungsinterne Vorarbeiten sind aufgenommen worden.»

**Geschäftsbericht 1978**, Seite 153 immer noch: «Verwaltungsinterne Vorarbeiten sind aufgenommen worden.»

**Geschäftsbericht 1979**, Seite 152 immer noch: «Verwaltungsinterne Vorarbeiten sind aufgenommen worden.»

**Geschäftsbericht 1980**, Seite 161 immer noch fröhlich weiter im altvertrauten Text: «Verwaltungsinterne Vorarbeiten sind aufgenommen worden.»

**Geschäftsbericht 1981**, Seite 161: «Die verwaltungsinternen Vorarbeiten wurden fortgeführt.»

**Laut Geschäftsbericht 1982**, Seite 147, hat der «Vorarbeiter» sich in der Materie ein entscheidendes Stück weiter vorgearbeitet und durch einen Experten seine Erkenntnisse so zügig weiterbearbeiten lassen, dass man nun, ohne spezielle Begründung, beantragen konnte, anlässlich der parlamentarischen Behandlung des Rechenschaftsberichtes pro 1982 den während zehn Jahren erdauerten Vorstoss Fontanets «abzuschreiben». Was dann auch geschah, so dass das Postulat wenigstens der Altpapiersammlung zugute kam. – Lisettes Folgerung: Im Bundeshaus tun sie alles gründlich, sogar das Nichtstun ...

Übrigens: eine andere beliebte Art der Verwaltung und des Bundesrates, die Nichtbehandlung von lästigen Vorstössen zu begründen, lautet jeweils: «Im Hinblick auf dringlichere Aufgaben konnten die Vorarbeiten zu diesem Geschäft nicht weiter intensiviert werden.» Und da sage noch einer, im Bundeshaus seien gute Einfälle rar!



Geflüster im Bundeshauscafé: «Weisst du, was Lilian unter dem Christbaum hatte?» – ??? – «Einen Stich von Dornach.» – Und am Nebentisch zum gleichen, nie versiegenden Themenkomplex: «Der Helmut hat die Lilian in die Hoffnung gebracht, also kann er sie nun nicht im Stich lassen.»



Helmut Hubacher zieht mit seiner neuen Politik von Ort zu Ort, von Sektion zu Sektion. Mal putzt er, mal wird er geputzt. Schlimm erging es ihm bei der Sektion Kerzers. Eine Stunde Redezeit räumte ihm der Parteivorstand für die Begründung des Auszugs aus dem Bundesrat ein, fünf (in Zahlen: 5) Minuten bewilligte er dem Korreferenten Félicien Morel. Dieser will, dass die SP mit in dem Ding bleibt. Die Kerzser Genossen liessen den Vorstand nicht im Zweifel, was sie von seinem Verständnis demokratischer Ausmarchung halten: im umgekehrten Verhältnis zu den bewilligten Redezeiten schickten sie den Vorstand (und Helmut) heim. Morel blieb noch eine Weile bei ihnen ...



Man wirft den sieben Landesvätern vor, ihr politisches Menü, das sie da für die nächsten vier Jahre beliebt zu machen versuchten, sei zu sehr abgestanden, bereits bekannt und goutiert. Das stimmt. Aber es ist gewiss nicht leicht, im helvetischen Hotel in der Küche zu stehen. Die Gäste im Salon vor allem, aber auch die im grossen Speisesaal bestellen durcheinander, weisen Suppen und Platten zurück, essen Desserts vor dem Entrée, schreien nach Salz und protestieren gegen Versalzene, beanstanden die Langsamkeit der Köche und werfen ihnen Überaktivität vor. Kurz, irgendwie kann man die sieben Köche verstehen, die sich da an den alten Grundsatz halten: Zuerst das Alte essen, bevor das Neues auf den Tisch kommt.

Lisette Chlämmerli